

Umstrittene Zölle

Die Europäische Kommission entscheidet im Dezember, ob sie weiterhin Anti-Dumping-Zölle auf importierte chinesische Solarmodule verhängen wird. Viele Solarfirmen fordern ein Auslaufen der Maßnahme, weil sie Preissenkungen und Marktwachstum in Europa verhindert.

Von Sascha Rentzing

Die Aussichten für die Solarenergie in Deutschland bleiben bescheiden: Die deutschen Übertragungsnetzbetreiber gehen in ihrer aktuellen Mittelfristprognose der erwarteten Einspeisung aus erneuerbaren Energien für die Jahre 2016 bis 2020 davon aus, dass 2017 maximal eine Solarstromleistung von 2,2 Gigawatt neu installiert wird. 2018 bis 2020 verbessern sich die Aussichten nur leicht auf jeweils 2,3 Gigawatt Zubau. Damit dürfte nicht einmal das ohnehin schon bescheidene Ausbauziel der Bundesregierung erreicht werden, die im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2014 einen jährlichen Ausbaukorridor für Photovoltaik in Höhe von 2,4 bis 2,5 Gigawatt pro Jahr vorgegeben hat.

Als Grund für die Flaute geben die Netzbetreiber in ihrer Prognose Förderkürzungen, die internationale Preisentwicklung und die Unsicherheiten bei den Ausschreibungen für Freiflächenanlagen an. Aus den Reihen der Solarbranche kommt eine weitere Erklärung für die Absatzkrise: 2013 hat die Kommission der Europäischen Union (EU) Anti-Dumping-Zölle auf China-Module beschlossen, um die europäische Solarindustrie vor staatlich subventionierten chinesischen Billigimporten zu schützen. Die Abgaben müssen alle chinesischen Hersteller entrichten, die sich nicht im Rahmen eines sogenannten Undertakings verpflichtet haben, für ihre Module einen Mindestpreis von 0,56 Euro pro

Watt zu verlangen. Das Problem: Während die Preise in anderen Weltregionen mit der Modul-Lernkurve sinken, bleibt Solartechnik in Europa dadurch künstlich teuer. „Ohne Zölle hätten wir eine völlig andere Photovoltaik-Entwicklung“, sagt Holger Krawinkel vom Mannheimer Energieversorger MVV Energie.

Der Energieexperte ist zugleich Sprecher der Solar Alliance for Europe (Safe), eines Netzwerks von 40 Unternehmen und Verbänden, das sich bei der EU-Kommission gegen Modulzölle und für freien Wettbewerb einsetzt. Safe argumentiert, ohne Handelsbarrieren für die chinesischen Preis- und Technologieführer würde der Knoten bei der Photovoltaik in absehbarer Zeit auch in Europa platzen. „In zwei bis drei Jahren wäre mit Modulpreisen von weniger als 0,40 Euro pro Watt zu rechnen, in fünf Jahren bereits von weniger als 0,35 Euro. Die Förderabhängigkeit der Solarbranche könnte sich stark verringern“, erklärt Krawinkel.

Kritische Parlamentarier

Ob Safes Argumente die Kommission überzeugen, wird sich schon bald zeigen. Zwar laufen die EU-Zölle am 7. Dezember offiziell aus. Doch die vom Bonner Solarhersteller Solarworld geführte Allianz EU Prosun, die die Anti-Dumping-Maßnahmen seinerzeit angestoßen hat, hat bei der EU-Kommission bereits eine Auslaufprüfung

des Undertakings beantragt. Die Kommission muss nun bis zum 7. Dezember über den Antrag entscheiden. Lehnt sie ihn ab, weil mittlerweile offensichtliche juristische oder politische Gründe gegen weitere China-Sanktionen sprechen, enden von heute auf morgen am 8. Dezember sämtliche EU-Maßnahmen gegen die chinesischen Solarunternehmen. Folgt die Kommission EU Prosun's Antrag, gelten Zölle und Mindestimportpreise für die Zeit der Prüfung weiter. EU Prosun könnte dadurch viel Zeit gewinnen. Die Erfahrung zeigt, dass sich Auslaufprüfungen anderthalb bis zwei Jahre hinziehen können.

Auch wenn es derzeit noch als wahrscheinlich gilt, dass die Kommission den Antrag von EU Prosun annehmen und den China-Fall noch einmal aufrollen wird – die Stimmung könnte in den kommenden Wochen noch gegen die Zölle kippen, denn der Druck auf die Kommission wächst. So haben im Oktober Abgeordnete aller großen Parteien des EU-Parlaments die Kommission in einem offenen Brief aufgefordert, die Handelsbarrieren für China abzuschaffen. „Freier Handel und die Umwelt gehen Hand in Hand. Die europäische Handelspolitik muss alles tun, um die ehrgeizigen EU-Klimaziele zu erreichen. Aber durch die Beschränkung des Freihandels und hohe Mindesteinfuhrpreise erschweren wir es Bürgern und Unternehmen, ihren Beitrag zur Reduzierung der Kohlen-



Der chinesische Drache ist auf dem Vormarsch – nicht nur hier in Shanghai. Ob Strafzölle auf Billigmodule der schwächelnden europäischen Photovoltaikindustrie gegen den Konkurrenzdruck aus Asien noch helfen können, ist fraglich.

dioxidemissionen zu leisten“, erklärt der schwedische Abgeordnete Christofer Fjellner von der Europäischen Volkspartei, der den Brief an die Kommission initiiert hat. Der europäische Photovoltaikverband Solarpower Europe begrüßte die Initiative der Parlamentarier und wies darauf hin, dass erst zwei Wochen zuvor 21 nationale Solarverbände und -organisationen aus ähnlichen Gründen ein Auslaufen der Mindestimportpreise gefordert hatten.

Einzelkämpfer Solarworld

Die Befürchtung der Firmen, Parlamentarier und Verbände, die Zölle gefährdeten die EU-Klimaziele und Arbeitsplätze in Europa, erscheint naheliegend. Während die jährlichen weltweiten Neuinstallationen von 2012 bis 2014 um fast 50 Prozent auf 40 Gigawatt stiegen, sank der Zubau in Europa im gleichen Zeitraum um 60 Prozent auf sieben Gigawatt – ein klares Indiz, dass in den EU-Staaten etwas falsch läuft.

Solarworld-Sprecher und EU-Prosun-Präsident Milan Nitzschke sieht jedoch keinen Zusammenhang zwischen den rückläufigen Neuinstallationen in Europa und den Anti-Dumping-Maßnahmen. Der Markt sei bereits ein Jahr vor Einführung des Undertakings eingebrochen, und dies sei allein auf politische Entscheidungen in den EU-Mitgliedsstaaten zurückzuführen, in denen die Solarförderung teils dramatisch gekappt worden sei, sagte Nitzschke dem Fachblatt PV Magazine. Er verwies auf die Vereinigten Staaten, wo derzeit noch schärfere Maßnahmen gegen chinesische Hersteller ergriffen würden und der Markt dennoch wachse.

EU Prosun bleibt deshalb auch bei seiner Forderung, die Anti-Dumping-Maßnahmen beizubehalten. Der Mindestpreis verhindere lediglich Dumpingpreise chinesischer Hersteller unter chinesischen Herstellkosten, heißt es in einer Stellungnahme der Allianz. Die Hälfte der euro-

päischen Solarindustrie sei chinesischen Dumpingpraktiken bereits zum Opfer gefallen, 20 000 verlorene Jobs und endlos viel Know-how. Nach einer langen Anlaufzeit wirkten die Maßnahmen nun endlich. Damit hätten europäische Hersteller wieder die Chance, in Technologie und Arbeitsplätze zu investieren, argumentiert EU Prosun.

Allerdings stellt sich die Frage, wem Handelsbarrieren für China noch helfen könnten. Die verbliebenen Modulhersteller in Europa lassen sich an einer Hand abzählen, wobei letztlich nur noch Solarworld in größeren Mengen produziert. „EU Prosun will eine Industrie retten, die nicht mehr zu retten ist. Tatsächlich geht es hier nur um Solarworld“, sagt der Sprecher eines deutschen Solarprojektierers. Auch diesen Einwand müsste die Kommission bei ihrer aktuellen Auslaufprüfung ins Kalkül ziehen. Zölle oder freier Wettbewerb? Die Entscheidung ist alles andere als leicht. ◀